

Ostermärsche an 120 Orten

Der Verein Friedens- und Zukunftswerkstatt weist in einer Erklärung von Freitag auf die bevorstehenden Ostermärsche hin:

Die Vorbereitungen der diesjährigen Ostermarschaktionen zeigen eine lebendige Friedensbewegung in allen Regionen des Landes. Mehr als 120 Initiativen haben ihre Aktionen zu Ostern angekündigt und werben um Beteiligung, um in diesen kriegerischen Zeiten ein Signal gegen Krieg, Aufrüstung und weitere Militarisierung zu setzen.

Die übergroße Mehrheit im Bundestag von FDP, Grünen, SPD, CDU und AFD setzt entgegen dem wachsenden Friedenswillen in der Bevölkerung auf militärische Siege und weitere verschwendete Milliarden für Rüstung und Militär.

»Dagegen demonstrieren wir zu Ostern. Krieg und Militär können nicht die wirklichen Probleme in der Welt lösen. Vorhandene Konflikte werden weiter verschärft. Rüstung und Militär verschlingen Ressourcen, die insbesondere für die sozialen und ökologischen Herausforderungen dringend benötigt werden«, so Willi van Ooyen von der Infostelle Ostermarsch in Frankfurt.

Gefordert wird deshalb bei den Ostermärschen eine Absage an Unterstützung der aktuellen Kriege in der Ukraine und im Iran und eine Kehrtwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Friedensbewegung verweigert sich dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Sanktionen, Waffenlieferungen und Kriegen. Sie hält fest an ihrer Vision von einer Welt ohne Atomwaffen, von einem entmilitarisierten Europa der Völkerverständigung und einem Deutschland, von dessen Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht.

Das Thema »Wehrpflicht« wird nach den ersten Streikaktionen der Schüler im Dezember und am 5. März von Jugendbündnissen bei den Ostermärschen eingebracht.

Ein erster Auftakt der Ostermärsche findet bereits am kommenden Samstag, 28. März 2026 in Potsdam statt.

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen erinnert in einer Pressemitteilung von Freitag an die fatalen Folgen, die die Aussetzung des Asylrechts in Polen vor einem Jahr mit sich gebracht hat:

Ein Jahr nach der Aussetzung des Asylrechts in Polen bleiben die Folgen für die Menschen fatal. Teams von Ärzte ohne Grenzen beobachten, wie Schutzsuchende durch die Verweigerung des Zugangs zu Asylverfahren und gewaltsame Rückführungen nach Belarus großem Leid ausgesetzt sind. Im vergangenen Jahr haben sie beispielsweise miterlebt, wie Patienten mit Lungenentzündung, Anämie oder Tuberkulose an offiziellen Grenzübergängen abgewiesen oder in den Wald zurückgedrängt wurden. Auch werden Menschen

in lebensbedrohlichem Zustand kurz nach ihrer Behandlung aus Krankenhäusern geholt und zurück in den Wald an der Grenze gezwungen.

»Ärzte ohne Grenzen verurteilt dieses Gesetz aufs schärfste«, sagt Alice Silvestro, medizinische Koordinatorin der Organisation in Polen. »Menschen dürfen nicht gewaltsam aus Krankenhäusern geholt und in einen Wald geworfen werden.« Ärzte ohne Grenzen fordert die polnische Regierung nachdrücklich auf, allen in dem Land ankommenden Menschen wieder Zugang zu Asylverfahren und internationalem Schutz zu gewähren. Dies ist ein grundlegendes Menschenrecht.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519978.ostermärsche-an-120-orten.html>